

„Es gibt keinen hundertprozentigen Schutz“

Wie hat die Katastrophe von 2013 den Blick auf den Hochwasserschutz verändert? Was ist seither geschehen? Und welche neuen Herausforderungen bringt die zunehmende Gefahr von Sturzfluten? Darüber sprechen der Leiter des Wasserwirtschaftsams **Michael Kühberger** und sein für den Hochwasserschutz zuständiger Stellvertreter **Siegfried Ratzinger** im Interview mit der Deggendorfer Zeitung.

Was kommt Ihnen heute in den Sinn, wenn Sie an den Juni 2013 denken?

Kühberger: Auch bei mir kommen natürlich die Bilder wieder, die man in den letzten Wochen in den Medien gesehen hat, die wir selber erlebt haben. Diese Bilder von den großflächigen Überschwemmungen haben sich eingepreßt. Aber es sind nicht nur diese erschreckenden Bilder, die geblieben sind, sondern letztendlich verbinden wir vom Wasserwirtschaftsamt damit auch deutliche Veränderungen beim Umgang mit Hochwasser. Davor war es immer schwierig, Hochwasser als Thema rüberzubringen. Wir sind oft bei Erörterungen geschimpft worden, unsere Hochwasserschutzmaßnahmen seien ja gar nicht notwendig, das Wasser werde nie so hoch steigen. Diese Diskussionen hat es nach 2013 nicht mehr gegeben. Wir haben nach 2013 zusätzliches Personal und Geld für den Bau von Hoch-

Beim Hochwasserschutz spielt der Begriff der Jährlichkeit eine große Rolle: Ein wieviel-jährliches Ereignis war das 2013?

Kühberger: Das hatte das Bayerische Landesamt für Umwelt zunächst schon vorläufig eingeschätzt und inzwischen anhand der verifizierten Daten überprüft. Im Bereich Deggendorf war es nach der aktuellen Einschätzung ein 100-jährliches Hochwasser, das sich hauptsächlich von der Isar her entwickelt hat. Unterhalb von Passau, wo das Inn-Hochwasser dazugekommen ist, war es im Bereich eines 300-jährlichen Ereignisses.

Einfach gesagt: Die Deiche, die Sie nun bauen, sind auf ein Hochwasser wie 2013 ausgelegt?

Kühberger: Unsere Schutzanlagen sind tatsächlich auf ein 100-jährliches Hochwasser ausgelegt, allerdings mit Klimazuschlag und Freibord. Das heißt, wenn der Abfluss etwas höher liegt, wird man das auch noch beherrschen. Aber je weiter es darüber geht, umso höher wird das Risiko, dass auch die neuen Anlagen versagen. Und irgendwann – es gibt ja auch 1000-jährliche und seltenere Ereignisse – sind alle Hochwasserschutzanlagen überfordert. Wobei der Freistaat Bayern auch dafür Vorsorge betreibt. Die Flutpolder sollen genau für diesen Überlastfall eingerichtet werden, bei uns die Öberauer Schleife bei Straubing. Man gewinnt mit den Flutpoldern zwar vielleicht nur noch 10, 20 oder 30 Zentimeter, aber die können entscheidend sein, einen Deichbruch unterhalb zu vermeiden.

Ratzinger: Man muss unterscheiden: Das eine ist der Grundsatz, der HQ100-Schutz, auf den wir alle unsere Schutzanlagen auslegen wollen. Und das Zweite ist, dass man sich Gedanken macht, wie wir damit umgehen, wenn diese

„Probleme in Bereichen, mit denen man früher nie mit einem Hochwasser gerechnet hätte“

Anlagen überfordert werden. Darum geht es im Flutpolderprogramm bayerische Donau. Wir sind hier für die Öberauer Schleife zuständig. Sachstand beim Flutpolder Öberauer Schleife ist, dass wir die Entwurfsplanung letztes Jahr abgeschlossen haben und davon ausgehen, dass das Planfeststellungsverfahren im zweiten Halbjahr 2023 mit der Planauslegung formal eingeleitet wird.

Wie ist Ihr Eindruck: Haben die Katastrophen das Bewusstsein der Gesellschaft für die Gefahren eines Hochwassers dauerhaft verändert?

Kühberger: Ja, da ist ein Effekt eindeutig beobachtbar. Nach dem Hochwasser haben wir nicht mehr den Vorwurf bekommen, dass die Anlagen viel zu hoch oder zu teuer wären. Das ist ein paar Jahre lang ganz gut gelaufen, doch jetzt, bei den letzten Verfahren, tauchen diese skeptischen Stimmen wieder auf – allerdings nur sehr vereinzelt: doch wahrscheinlich wird das wieder zunehmen. Auch das ist ein Grund, Maßnahmen möglichst schnell umzusetzen, weil die Akzeptanz von baulichen Eingriffen heute noch gegeben ist.



Seit 2013 ist an der Donau im Landkreis schon viel passiert, betonen Behördenleiter Michael Kühberger (l.) und Siegfried Ratzinger, der Bereichsleiter Hochwasserschutz. – Foto: Gabriel

Das wurde an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen schon umgesetzt

Seit 2013 wurden allein an der Donau weit über 600 Millionen Euro in den Hochwasserschutz investiert, betonen Michael Kühberger und Siegfried Ratzinger: „Die großen Ortslagen sind mittlerweile alle geschützt.“

Ein Schwerpunkt lag bei den 2013 betroffenen Ortsteilen Fischerdorf und Natternberg. Der unbesiedelte Teil des Polders Steinkirchen bleibt mit einem Volumen von 21 Mio. Kubikmeter als Rückhalteraum erhalten und die betroffenen Ortslagen sind alle geschützt. Durch die zweite Deichlinie am linken Isardeich konnte auch hier ein Volumen von rund 7 Mio. Kubikmeter Rückhalteraum erhalten werden. Unterhalb der Isarmündung ist die große Maß-

nahme Niederaltleich schon weit fortgeschritten. Auf der linken Seite der Hengersberger Ohe beginnt im Sommer der Bau, aktuell läuft die Vergabe. Die Anhebung der Staatsstraße zwischen Niederaltleich und Winzer wurde direkt nach dem Hochwasser umgesetzt. Der Ortsschutz von Winzer ist fertiggestellt. Allerdings werden diese Abschnitte erst voll wirksam, wenn der Teilabschnitt 2 umgesetzt ist.

„Auf der rechten Donauseite haben wir im Bereich Isarmündung und Forstern die Gebäude erworben. Dadurch können wir hier weitere Rückhalteräume mit einem Volumen von 9,4 Mio. Kubikmeter erhalten“, berichtet Ratzinger weiter. Der Hochwasserschutz Stö-

Ratzinger: Das sind ja sehr komplexe Projekte, von denen viele Leute sehr massiv betroffen sind. Natürlich muss das gerade in der Ortslage vernünftig ausschauen. Diese Hochwasserschutzanlagen prägen oftmals das Ortsbild. Man muss damit leben können, es muss auch eine gewisse Sozialfunktion erreicht werden. In letzter Zeit merkt man aber schon wieder vermehrt, dass es ein paar wenige gibt, bei denen das Bewusstsein dafür schwindet, dass der Hochwasserschutz in erster Linie funktionieren muss. Die Funktion gibt einen gewissen Rahmen vor und nur innerhalb dieses Rahmens können wir gestalten. Da muss man bei einigen wenigen mittlerweile wieder mehr Überzeugungsarbeit leisten. Was schade ist in dieser Diskussion: Einige wenige vertreten ihre Meinungen sehr lautstark, während die große Masse, die eigentlich zufrieden ist mit dem, was man macht und wie man es macht, sich nicht äußert. Bisher haben wir aber noch immer einen guten Konsens gefunden.

Schon Anfang 2013 hatte die Staatsregierung als Ziel ausgegeben, bis 2022 den Hochwasserschutz zwischen Straubing und Vilshofen fertigzustellen. Wie viel davon ist tatsächlich geschafft, wie lange wird es wohl noch dauern?

Kühberger: Die damalige Aussage hatte ich so verstanden: Ab Baureife etwa zehn Jahre. Das ist wegen der Genehmigungsverfahren schon ein mehrjähriger Unterschied. Unter anderem im Abschnitt zwischen Straubing und Deggendorf wird ja gebaut und da sind die zehn Jahre ab Baubeginn nicht unrealistisch.

Ratzinger: Das funktioniert sogar sehr gut. Wir haben seit Mai 2020 Baurecht und sind im Abschnitt Straubing – Deggendorf in allen Poldern im Bau. Ziel ist, dass wir bis 2028 im letzten Polder fertig sind. Da sind wir gemeinsam mit der Wiges also eher etwas schnell-

er zehn Jahre. Was vielleicht etwas unterschätzt worden ist, das ist die Verfahrensdauer. Im Abschnitt zwei zwischen Deggendorf und Vilshofen ist das limitierende Element erst einmal das Planfeststellungsverfahren. Aber auch da wird es so sein: Wenn wir Baurecht haben und die Finanzierung klappt, wovon wir ausgehen, dann wird auch im zweiten Teilabschnitt alles innerhalb eines Zeitfensters von sieben, acht Jahren, spätestens zehn Jahren, umgesetzt.

Gibt es eine Prognose, wann Baurecht bestehen wird?

Ratzinger: Da möchte ich mich nicht zu sehr aus dem Fenster lehnen. Ich würde es anders herum aufziehen: Was ist schon gelaufen? Im November 2018 wurde das Planfeststellungsverfahren mit der Auslegung gestartet. Es wurden die Erörterungen durchgeführt. Und als Ergebnis dieses ersten Beteiligungsverfahrens haben wir Mitte 2022 eine Planänderung eingebracht, wo die Wiges die berechtigten Interessen, die wir berücksichtigen konnten, eingearbeitet hat. Die Beteiligungen sind nochmals gelaufen und die Erörterungen dazu wurden komplett durchgeführt. Damit haben wir viele Einwendungen schon abarbeiten können. Dann brauchen wir für die Beteiligung der EU-Kommission die FFH-Managementplanung für die Donau. Auch die ist erarbeitet worden und im März dieses Jahres veröffentlicht worden. Aktuell arbeitet die Wiges an den Unterlagen zur Beteiligung der EU-Kommission. Wenn die Zustimmung von der EU zurückkommt, sind unseres Erachtens die Voraussetzungen dafür gegeben, dass die Planfeststellungsbehörde den Bescheid erlassen kann. Aber natürlich ist das alles noch mit vielen Fragezeichen verbunden. Die Hoffnung wäre, dass wir den Bescheid tatsächlich im Laufe des nächsten Jahres bekommen. Und natürlich darf der dann nicht beklagt wer-

den. Um hier Zeit zu gewinnen, wurden sogenannte Vorweganordnungen beantragt und auch erlassen. Dadurch können in den Poldern Gundelau und Thundorf-Aicha vorgezogen vorbereitende Arbeiten wie Baumfällungen und Umsetzung von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden.

„Insofern ist aus unserer Sicht schon sehr viel geschehen“, fasst Ratzinger zusammen. „Und wir bleiben dran.“

„Der Hochwasserschutz soll den Bestand schützen, nicht neue Baugebiete möglich machen“

Wird der 100-jährliche Hochwasserschutz – zum Beispiel bei Bauvorhaben – überschätzt?

Kühberger: Offensichtlich ist es uns noch nicht gelungen, das richtig herüberzubringen: Das ist ein 100-jährlicher Schutz und kein 100-prozentiger Schutz. In Deggendorf ist Fischerdorf nun tatsächlich vor einem 100-jährlichen Hochwasser geschützt, dadurch konnte das Überschwemmungsgebiet zurückgenommen werden. Ein Überschwemmungsgebiet wird nur dort ausgewiesen, wo es einen geringeren oder keinen Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasser gibt. Damit ist dieses Gebiet nun nach dem Wasserrecht aber noch ein Risikogebiet – nach wie vor. Damit soll ausgedrückt werden, dass dieses Gebiet bei einem seltenen Ereignis oder bei einem Versagen der Hochwasserschutzanlage unter Wasser gehen kann – und zwar sogar höher als 2013. Es ist also ein nicht vernachlässigbares Risiko auch für diese Flächen vorhanden. Die neuen Hochwasserschutzanlagen dienen dazu, den Siedlungsbestand zu schützen, weil der sich oft über Jahrhunderte entwickelt hat. Aber der Schutz ist nicht dafür gedacht, dass da neue Baugebiete

ausgewiesen werden oder groß Gewerbe angesiedelt wird. Da kämpfen wir regelmäßig mit den Kommunen um mehr Einsicht.

Ratzinger: Man kann sagen, die Österreicher sind da schon wesentlich weiter. Die Kommunen bekommen dort nur den Schutz von bestehender Bebauung gefördert und die Vorgaben hinsichtlich neuer Bebauung in diesen Risikogebieten sind sehr restriktiv.

Kühberger: So war das bei uns auch geplant. Nach 2013 wurden die rechtlichen Vorgaben verschärft, was aus wasserwirtschaftlicher Sicht sehr gut war. Auch bei den Risikogebieten war zunächst ein Bauverbot vorgesehen, aber im Gesetzgebungsprozess ist das leider wieder sehr aufgeweicht worden. Jetzt steht nur eine Sollforderung im Gesetz, an die sich niemand so richtig gebunden fühlt. Wir weisen aber regelmäßig darauf hin, und so manche Kommune ist dann überrascht, dass von Seiten des Wasserwirtschaftsams eine kritische Stellungnahme zu ihren Plänen kommt.

Ratzinger: Wir kommunizieren deshalb sehr klar, dass das ein begrenzter Schutz ist. Hochwertig, aber mit begrenzter Wirkung.

Stimmt der Eindruck, dass der Schutz vor Sturzfluten eine deutlich größere Herausforderung ist, als der Hochwasserschutz entlang der großen Flüsse?

Kühberger: Ja, das sehen wir auch so. Die Flusshochwasser sind – mit einem gewissen Ausuferungsbereich – an den Fluss gebunden. Aber Starkregen und Sturzfluten können im Grunde überall in Bayern auftreten, verstärkt natürlich dort, wo auch das Gelände noch ungünstig ist. Es ist seit 2016 allen Beteiligten klar: Da muss man mehr Augenmerk darauf legen. Es gibt dazu Initiativen des Umweltministeriums, die Gemeinden bekommen Karten, die Hinweise auf gefährdete Bereiche für Sturzfluten geben. Bei Starkregen und Sturzfluten ist Vorsorge viel wichtiger als der bauliche Schutz, der hier an seine Grenzen kommt. Der Klimawandel wird insgesamt die Häufigkeit und Stärke von Starkregen und Sturzfluten erhöhen. Mit der Thematik müssen wir in Zukunft leben.

Was kann der einzelne Hausbesitzer tun?

Kühberger: Der Freistaat Bayern hat ja vor einigen Jahren festgelegt, dass es keine staatlichen Unterstützungen nach Hochwasserereignissen mehr gibt. Von daher ist jeder selber gehalten, finanziell vorzusorgen und sich zu versichern. Die allermeisten Gebäude kann man zu einem vernünftigen Preis versichern. Darüber hinaus kann sich jeder Hausbesitzer klar machen: Wie stark bin ich gefährdet? Woher kann die Gefahr kommen? Wie muss ich mich darauf einrichten? Das kann baulich sein, das kann durch das Nutzen von Warn-Apps usw. sein, damit der Schaden im Fall des Falles möglichst gering bleibt. Vorsorge müssen aber auch Kommunen betreiben, die über Baugenehmigungen und Bauleitplanungen Einfluss nehmen können, damit zukünftig weniger Schäden auftreten. Information ist der erste Schritt, und da gibt es inzwischen umfangreiches Material dazu.

Ratzinger: Wir betonen jetzt schon dahingehend: In erster Linie sollen Schäden vermieden werden, indem man nicht dort baut, wo man überschwemmt werden könnte. Der zweite Schritt ist die Vorsorge. Zum Beispiel, dass man Schlafräume oder hochwertige Nutzungen nicht ins Erdgeschoss legt. Informationsmaterial bietet das bayerische Umweltministerium an unter hochwasserinfo-bayern.de. Dort gibt es Material zielgerichtet für Architekten, für Kommunen und für den einzelnen Bürger.

Interview: Stefan Gabriel

Die Flut



10 Jahre danach

wasserschutzanlagen bekommen, die Genehmigungen sind sehr schnell erfolgt.

Ratzinger: Personell sind wir jetzt im Bereich Planung und Neubau von Hochwasserschutzanlagen gegenüber dem Stand von vor 2013 in etwa verdreifacht. Und auch die Finanzierung war kein Thema. Jede baureife Maßnahme, die wir vorgelegt haben, ist auch zeitnah finanziert worden. Und sehr stark weitergeholfen hat uns tatsächlich die Erkenntnis, dass das, was wir planen, auch in der Höhe, vollkommen richtig und auch erforderlich ist.

Hat die Katastrophe im Rottal 2016 den Blick darauf noch einmal verändert?

Kühberger: Das war ein ganz anderes Ereignis. Ein Starkregen- und Sturzflut-Ereignis, räumlich zwar eng begrenzt, aber dort umso katastrophaler. Im Rottal hat es ja einige Todesfälle gegeben, weil das so überraschend gekommen ist, dass sich die Leute nicht mehr in Sicherheit bringen konnten. An der Donau konnten 2013 mit viel Glück Tote vermieden werden durch rechtzeitiges Handeln der Einsatzkräfte und besonnenen Umgang der Betroffenen. Von daher war das Ereignis im Rottal tatsächlich eine Verschärfung. Es hat auch aufgezeigt, dass man nicht nur die Flüsse, sondern auch die kleineren Gewässer bis hin zu ganz unscheinbaren Gräben im Auge behalten muss. Wobei auch klar geworden ist, man kann nicht alles durch bauliche Maßnahmen schützen.

Ratzinger: Der Fokus war vorher auf den großen Flüssen Donau, Isar, Inn – die haben uns beschäftigt, noch ein bisschen die Rott und die Vils, und damit war das Aufgabengebiet relativ gut abgegrenzt. Das hat sich deutlich verändert. Man merkt die Auswirkungen des Klimawandels dahingehend, dass nun zusätzlich Starkregen-Ereignisse punktuell Probleme machen in Bereichen, wo man früher nie mit einem Hochwasser gerechnet hätte.